



## » Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte

### Potenzial für Entwicklung



*Jeder Mensch hat ein Recht auf bestmögliche Gesundheit und ein selbstbestimmtes Leben jenseits von Zwang, Diskriminierung und Gewalt. Dies umfasst auch das Recht, über den eigenen Körper zu bestimmen und freie Entscheidungen hinsichtlich der eigenen Sexualität und Fortpflanzung zu treffen. Für viele Menschen existieren diese Rechte jedoch bis heute nur auf dem Papier. Dabei kann die universelle Umsetzung sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte nicht nur Millionen Leben retten, sondern auch entscheidend zur Armutsreduzierung und nachhaltigen Entwicklung beitragen.*



Foto: © Jonathan Torngvik

Frauen der Nairobi Young and Old Cooperative tauschen sich zu Fragen der reproduktiven Gesundheit und Familienplanung aus. In ihrem Zentrum stellen sie Produkte her, um sich finanziell unabhängiger zu machen. Die kenianische Frauengruppe wird von der Stiftung Weltbevölkerung unterstützt.

#### Das Aktionsprogramm von Kairo

Im Jahr 1994 haben bei der Weltbevölkerungskonferenz (ICPD) in Kairo 179 Regierungen ein Aktionsprogramm verabschiedet, das die sexuelle und reproduktive Gesundheit sowie die reproduktiven Rechte jedes Menschen erstmals in den Mittelpunkt der Bevölkerungspolitik stellte. Es wurde vereinbart, allen Menschen bis zum Jahr 2014 den Zugang zu Aufklärung und Verhütungsmethoden, zum Schutz vor HIV und Aids sowie zu Gesundheitsversorgung rund um Schwangerschaft und Geburt zu ermöglichen.

Den Vereinbarungen von Kairo gingen kontroverse Diskussionen zwischen den beteiligten Staaten voraus. Damals wie heute gab und gibt es sehr unterschiedliche Standpunkte zu Fragen der Sexualität und Fortpflanzung, zum Abbruch von Schwangerschaften sowie zu Frauenrechten und der Gleichstellung der Geschlechter. Das Aktionsprogramm von Kairo ist also ein Kompromiss zwischen konservativen und progressiven Positionen.

## Sexuelle und reproduktive Gesundheit

Laut der Definition, auf die sich die Staaten 1994 in Kairo einigten, ist **reproduktive Gesundheit** ein Zustand des vollständigen physischen, geistigen und sozialen Wohlbefindens – und nicht nur die Abwesenheit von Krankheit oder Gesundheitsproblemen – in allen Angelegenheiten, die das reproduktive System betreffen. Dies beinhaltet auch die Fähigkeit zur Fortpflanzung, über die jeder Mensch frei entscheiden können soll. Daher hat jeder Mensch ein Recht auf Aufklärung und auf Zugang zu sicheren, wirksamen, erschwinglichen und akzeptablen Familienplanungsmethoden seiner Wahl.

Auch das Recht auf Zugang zu Gesundheitsdiensten, die eine sichere Schwangerschaft und Entbindung ermöglichen und die die bestmöglichen Voraussetzungen schaffen, ein gesundes Kind zur Welt zu bringen, wurde als Teil der reproduktiven Gesundheit definiert. Darüber hinaus wurde festgelegt, dass jedem Menschen ein befriedigendes und ungefährliches Sexualleben möglich sein soll und dass die reproduktive Gesundheit auch die sexuelle Gesundheit umfasst.<sup>1</sup>

Laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist **sexuelle Gesundheit** ein Zustand des physischen, emotionalen, geistigen und sozialen Wohlbefindens in Bezug auf Sexualität. Auch hier ist nicht nur die Abwesenheit von Krankheiten gemeint. Sexuelle Gesundheit setzt vielmehr einen positiven und respektvollen Umgang mit Sexualität und sexuellen Beziehungen voraus. Jeder Mensch soll, wann er es will, angenehme und gefahrlose sexuelle Erfahrungen sammeln können, frei von Zwang, Diskriminierung und Gewalt. Um sexuelle Gesundheit zu erlangen und zu erhalten, müssen die sexuellen Rechte aller Menschen respektiert, geschützt und umgesetzt werden.<sup>2</sup>

### High-Level Task Force for ICPD

RIGHTS, DIGNITY & HEALTH FOR ALL

Als Mitglied der High-Level Task Force for ICPD setzt sich die Geschäftsführerin der Stiftung Weltbevölkerung, Renate Bähr, bei den Vereinten Nationen gegenüber Regierungen und Parlamenten für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte ein. Das 2012 gegründete unabhängige, internationale Gremium soll sicherstellen, dass die Ziele von Kairo auch über 2014 hinweg weiterverfolgt und in die Post-2015-Agenda integriert werden. [www.icpdtaskforce.org](http://www.icpdtaskforce.org)

## Sexuelle und reproduktive Rechte

Bei der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo erkannte die Staatengemeinschaft erstmals **reproduktive Rechte** an, die sich aus den Menschenrechten ableiten. Dazu gehört das Recht jedes Menschen, frei von Diskriminierung, Zwang und Gewalt eigenverantwortlich darüber zu entscheiden, ob, wann und wie viele Kinder er bekommen möchte. Individuen und Paare sollen alle dafür notwendigen Informationen und Mittel haben und ein Höchstmaß an sexueller und reproduktiver Gesundheit erreichen können. Diese Rechte sollen die Basis für alle Familienplanungsprogramme sein, zur Gleichberechtigung der Geschlechter beitragen und auch Jugendlichen Aufklärung und Dienstleistungen zugänglich machen, die sie benötigen, um positiv mit ihrer Sexualität umzugehen.<sup>3</sup>

Unter die reproduktiven Rechte fällt auch das Thema Schwangerschaftsabbruch. Das Kairoer Aktionsprogramm legt fest, dass Schwangerschaftsabbrüche nicht als Mittel der Familienplanung gefördert werden sollten. Dort wo sie legal sind, sollen Schwangerschaftsabbrüche laut Aktionsprogramm sicher sein. In der Mehrheit der Staaten sind Schwangerschaftsabbrüche jedoch nach wie vor illegal. Bis heute konnte sich die internationale Gemeinschaft nicht darauf einigen, wie Frauen und Mädchen in diesen Ländern Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen bekommen können.

**Sexuelle Rechte** sind im Kairoer Aktionsprogramm nicht enthalten. Bisher ist es der internationalen Gemeinschaft nicht gelungen, sich auf eine Definition dieser Rechte zu einigen, die alle Staaten anerkennen. Das hängt damit zusammen, dass sexuelle Rechte Aspekte berühren, die viele Staaten nicht akzeptieren wollen, obwohl sie sich aus den Menschenrechten ableiten.<sup>4</sup> Laut WHO gehört hierzu gehört das Recht, die eigene Sexualität einvernehmlich mit dem Partner oder der Partnerin frei von Diskriminierung und ohne gesundheitliche und rechtliche Risiken leben zu können – unabhängig von Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung. Als Bestandteil sexueller Rechte sollte außerdem jeder Mensch frei darüber entscheiden können, ob, wann und mit wem er eine Ehe eingehen oder eine Familie gründen möchte – ohne bereits als Kind verheiratet zu werden. Auch die körperliche Unversehrtheit, insbesondere das Unterlassen von Genitalverstümmelung und geschlechtsbasierter Gewalt, ist Bestandteil sexueller Rechte.

1 Für den genauen Wortlaut der Definition siehe Artikel 7.2 des Kairoer Aktionsprogramms: [www.unfpa.org/public/cache/offence/home/sitemap/icpd/International-Conference-on-Population-and-Development/ICPD-Programme](http://www.unfpa.org/public/cache/offence/home/sitemap/icpd/International-Conference-on-Population-and-Development/ICPD-Programme)

2 Siehe die Definition der WHO: [www.who.int/reproductivehealth/topics/sexual\\_health/sh\\_definitions/en/](http://www.who.int/reproductivehealth/topics/sexual_health/sh_definitions/en/)

3 Für den genauen Wortlaut der Definition siehe Artikel 7.3 des Kairoer Aktionsprogramms

4 Siehe hierzu die Definition der WHO: [www.who.int/reproductivehealth/topics/sexual\\_health/sh\\_definitions/en/](http://www.who.int/reproductivehealth/topics/sexual_health/sh_definitions/en/)

5 Adding It Up: Costs and Benefits of Contraceptive Services, Guttmacher Institute, 2012

6 The Millennium Development Goals Report, 2014

7 UNFPA Weltbevölkerungsbericht, 2014

8 Towards an AIDS-free generation – Children and AIDS Sixth Stocktaking Report, 2013

9 UNFPA Weltbevölkerungsbericht, 2013

10 Zum Konzept der umfassenden Sexualaufklärung siehe: [www.unesco.org/new/en/hiv-and-aids/our-priorities-in-hiv/sexuality-education/international-technical-guidance-on-sexuality-education/](http://www.unesco.org/new/en/hiv-and-aids/our-priorities-in-hiv/sexuality-education/international-technical-guidance-on-sexuality-education/)

## Fortwährende Herausforderungen

Zwischen den menschenrechtlichen Zielen und der Realität klafft bis heute eine große Lücke. Trotz Fortschritten in den vergangenen Jahrzehnten wurde das Ziel, dass alle Menschen frei von Zwang, Diskriminierung und Gewalt über ihre Sexualität und Fortpflanzung bestimmen können, nicht erreicht. Unter den Folgen leiden besonders Frauen und Mädchen in den ärmsten Teilen der Welt.

# 222

**Millionen Frauen** in Entwicklungsländern würden gerne eine Schwangerschaft vermeiden, haben aber keine Möglichkeit dazu.<sup>5</sup>



Alle zwei Minuten

stirbt eine Frau oder ein Mädchen an Komplikationen bei Schwangerschaft oder Geburt.<sup>6</sup> Für junge Frauen zwischen 15 und 19 Jahren zählen diese vermeidbaren Komplikationen zu den häufigsten Todesursachen.<sup>7</sup>



Die Zahl der Jugendlichen, die an Aids starben, stieg zwischen 2005 und 2012

um **50 Prozent.**<sup>8</sup>

Mädchen haben ein besonders großes Risiko, sich mit HIV zu infizieren.

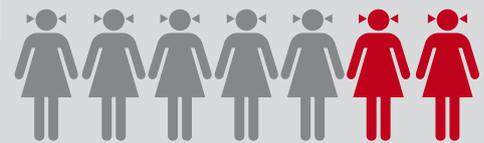


## Potenzial für Entwicklung

Wenn sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte universell umgesetzt würden, hätte dies positive Auswirkungen auf Wohlfahrt, Wirtschaft, die gesellschaftliche Stellung von Mädchen und Frauen und nachhaltige Entwicklung insgesamt.

Wenn alle Frauen in Entwicklungsländern verhüten könnten, ließen sich 54 Millionen ungewollte Schwangerschaften, 21 Millionen ungeplante Geburten, 26 Millionen Abtreibungen (darunter 16 Millionen unsichere) und sieben Millionen Fehlgeburten vermeiden. Außerdem würden 79.000 Fälle von Müttersterblichkeit und 1,1 Millionen Fälle von Kindersterblichkeit verhindert.<sup>5</sup> Wird die sexuelle und reproduktive Gesundheitssituation von Erwachsenen und Jugendlichen verbessert, gehen außerdem HIV-Raten sowie Fälle von Teenagerschwangerschaften, Genitalverstümmelung, Zwangsverheiratung und sexualisierter Gewalt zurück.

# 7,3



Millionen Mädchen unter 18 Jahren

bekommen jedes Jahr in Entwicklungsländern ein Kind. Zwei Millionen von ihnen sind sogar jünger als 15 Jahre.<sup>9</sup>



## Jugendliche im Fokus

Der Aktionsplan von Kairo betont, dass die sexuelle und reproduktive Gesundheit von Heranwachsenden besonders geschützt werden muss. Jugendliche brauchen daher Zugang zu altersgerechten Gesundheitsdiensten, zu umfassender Sexualaufklärung<sup>10</sup> und zu Verhütungsmitteln. Sie brauchen außerdem ein offenes Umfeld, das sie darin unterstützt, ohne Zwang und Verantwortungsbewusstsein mit ihrer Sexualität umzugehen.

## Handlungsempfehlungen

### Multilaterale Ebene

Wir fordern die Bundesregierung und den Bundestag auf,

- sich dafür einzusetzen, dass der universelle Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten als Teil der Ziele zu Gesundheit und Gender in der Post-2015-Agenda verankert wird. Der Zugang aller Kinder und Jugendlichen zu umfassender Sexualaufklärung sollte Teil eines Bildungsziels sein;
- darauf hinzuwirken, dass diese Ziele auch dann verfolgt werden, wenn Deutschland bei den Verhandlungen der Post-2015-Agenda auf UN-Ebene durch die Europäische Union vertreten wird;
- sich in den dafür zuständigen UN-Gremien Commission on Population and Development (CPD) und Commission on the Status of Women (CSW) dafür zu engagieren, dass eine allgemein anerkannte Definition von sexuellen Rechten vereinbart wird;
- multilaterale Organisationen wie den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) und UN Women stärker zu unterstützen, die sich für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte engagieren;
- sich bei Organisationen wie der WHO, dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria und der Impfallianz Gavi dafür einzusetzen, dass sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte stärker berücksichtigt werden. Die Schnittstellen zwischen diesen und anderen Themenbereichen sollten besser genutzt werden.

### Bilaterale Ebene

Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung und den Bundestag auf,

- sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte im Rahmen des politischen Dialogs mit Partnerregierungen weltweit zu thematisieren, um politische Unterstützung zu mobilisieren; insbesondere im Rahmen außen- und entwicklungspolitischer Aktivitäten der Europäischen Union. Dies schließt Kooperationen

mit der Zivilgesellschaft und anderen Partnern sowie parlamentarische Delegationen und paritätische parlamentarische Versammlungen mit ein;

- Partnerregierungen dabei zu unterstützen, die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung der Geschlechter voranzubringen, das Mindestheiratsalter überall auf 18 Jahre anzuheben sowie Diskriminierung und Kriminalisierung aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität zu beenden;
- Projekte zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten zu fördern und auch nach der 2015 endenden G8-Muskoka-Initiative das Engagement zur Verbesserung der Kinder- und Müttergesundheit weiter auszubauen;
- die Bedürfnisse Jugendlicher besonders zu berücksichtigen, damit diese Aufklärung und Verhütungsmittel unabhängig von Alter, Familienstand und der Zustimmung Dritter erhalten können;
- die Zusage umzusetzen, Mittel in Höhe von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit bereit zu stellen – etwa doppelt so viel wie bisher – inklusive einer Mittelerhöhung für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte.

### Europäische Ebene

Außerdem fordern wir die Bundesregierung, den Bundestag sowie das Europäische Parlament auf, sich dafür einzusetzen, dass sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte

- im Rahmen europäischer Entwicklungsfinanzierung insbesondere durch thematische Programme des Instruments für Entwicklungszusammenarbeit (DCI) und des Europäischen Entwicklungsfonds (EDF) stärker gefördert werden;
- bei der Bilanzziehung und Überarbeitung des EU Gender-Aktionsplans eine entscheidende Rolle spielen.



Stiftung  
Weltbevölkerung

Herausgeber: Deutsche Stiftung Weltbevölkerung

Göttinger Chaussee 115, 30459 Hannover

Telefon: 0511 94373-0, E-Mail: hannover@dsw.org

Büro Berlin

Alexanderstraße 1, 10178 Berlin

Telefon: +49 30 2400069-0

E-Mail: berlin@dsw.org

Büro Brüssel (Belgien)

Place du Luxembourg 2/3, 1050 Brüssel

Telefon: +32 2 5049060

E-Mail: brussels@dsw.org

Die Stiftung Weltbevölkerung ist eine international tätige Entwicklungsorganisation. Sie hilft jungen Menschen, sich selbst aus ihrer Armut zu befreien. Ungewollte Schwangerschaften und Aids verschärfen die Armut und bedeuten für viele Jugendliche den Tod. Deshalb unterstützt die Stiftung Aufklärungs- und Familienplanungsprojekte sowie Gesundheitsinitiativen in Entwicklungsländern.

[www.weltbevoelkerung.de](http://www.weltbevoelkerung.de)

Spendenkonto – IBAN: DE56 2504 0066 0383 8380 00 BIC: COBADEFF 250

Redaktion: Christoph Behrends, Katrin Erlingsen, Ute Stallmeister (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Simone Schmidt, Stand: November 2014

Gedruckt auf PEFC-zertifiziertem Papier – fördert die nachhaltige Waldbewirtschaftung